

## **NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

**Datum:** 30. April 2019

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ort:** Sitzungssaal des Rathauses

**Ende:** 22:27 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Erster Bürgermeister**

Seidl, Norbert

#### **Zweiter Bürgermeister**

Zöllner, Rainer

#### **Dritter Bürgermeister**

Salcher, Thomas

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Fruhner-Weiß, Ramona

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hof, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

bis TOP 11

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred, Dr.  
Sippel, Dorothea  
Stricker, Hans-Georg  
Strobl-Viehhauser, Sonja  
Unglert, Theresa  
von Hagen, Michaela  
Weber, Petra  
Wiesner, Marga  
Winberger, Lydia  
Wuschig, Wolfgang

bis TOP Ö15

**Berufsmäßige Stadträte**

Heitmeir, Harald  
Tönjes, Jens

**Schriftführer/in**

Bock, Katharina

**Verwaltung**

Schmeiser, Beatrix

**Abwesende und entschuldigte Personen:**

**Mitglieder des Stadtrates**

Schemel, Benjamin

## Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

|        |                                                                                                                                                                                    |           |
|--------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| TOP 1  | Eröffnung der Sitzung                                                                                                                                                              |           |
| TOP 2  | Aktuelle Viertelstunde                                                                                                                                                             |           |
| TOP 3  | Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters                                                                                                                                             |           |
| TOP 4  | Jahresabschluss 2015; Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung und Entlastung (Art. 102 Abs. 3 GO)                                                           | 2019/0894 |
| TOP 5  | Kommunale Beteiligungen; Zustimmung zum Beitritt der Städtischen Wohnraumentwicklungsgesellschaft Puchheim mbH  WEP zur Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstentfeldbruck mbH | 2019/0850 |
| TOP 6  | Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Puchheim, hier: Variantenuntersuchung                                                                                                           | 2019/0897 |
| TOP 7  | Mittelschule Nebengebäude – Sanierung Kellergeschoss<br>hier: Vergabe Elektroarbeiten                                                                                              | 2019/0902 |
| TOP 8  | Saatkrähen: Verwaltungsgerichtsverfahren - Ergebnis der Mediation und weiteres Vorgehen; Monitoring                                                                                | 2019/0895 |
| TOP 9  | Generalsanierung und Erweiterung Schwimmbad<br>Projektgenehmigung - Vorstellung Vorplanung                                                                                         | 2019/0901 |
| TOP 10 | Antrag zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren Puchheims [CSU-Fraktion]                                                                                                     |           |
| TOP 11 | Antrag Straßenbegleitgrün als Blühflächen gestalten [Bündnis 90/Grüne]                                                                                                             |           |
| TOP 12 | Antrag auf Anschaffung und Installation eines Automatisierten Externen Defibrillators (AED) im Geldautomatenraum der Sparkasse, Allinger Str. 1 [SPD-Fraktion]                     |           |
| TOP 13 | Vergabe des Auftrags zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge                                                                                                     | 2019/0900 |
| TOP 14 | Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein<br>hier: Vergabe Landschaftsbauarbeiten                                                                                                         | 2019/0898 |
| TOP 15 | Mitteilungen und Anfragen                                                                                                                                                          |           |

## **TOP 1      Eröffnung der Sitzung**

---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Stadtrat Schemel sei entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadtrat Keil regte an Tagesordnungspunkt 7 über die Saatkrahen abzusetzen, da die Vorlage ausführlich zu dem Thema Auskunft gäbe. Der Vorsitzende erläuterte, dass es in der Vorlage vor allem um die Beschlussfassung zum Mediationsergebnis gehe, über die abgestimmt werden müsse, da diese sonst automatisch wirksam werden würde. Sonstige Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht.

## **TOP 2      Aktuelle Viertelstunde**

---

Herr Dr. Türkner bat den Stadtrat seinen Worten nach im Namen vieler Bürger Puchheims und der Beiräte bezüglich des Tagesordnungspunkts 6 zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Puchheim um eine eindeutige Positionierung und deutliche Distanzierung vom Beschluss vom 09.06.2018. Die Forderung nach einem neuen Außenbahnsteig auf der Nordseite sowie der Einbau von zwei Aufzügen in die bestehende Unterführung müssten vorrangig sein. Städtebauliche Überlegungen ließen eine enge Unterführung nicht zu, beispielsweise wegen Vandalismusgefahr. Herr Pausch schloss sich diesen Worten an und erfragte, ob es möglich sei, dass die Stadt eindeutig dazu Stellung nehmen könnte, dass ein Mittelbahnsteig nicht gewünscht sei. Mehrere Gespräche mit den Verantwortlichen hätten ergeben, dass der Mittelbahnsteig zur Umsetzung der Gesamtplanung nicht erforderlich sei. Daher müsse sich die Stadt ganz klar für zwei Außenbahnstiege einsetzen, da dies ergänzend zu den barrierefreien Zugangsmöglichkeiten die einzige Möglichkeit sei sich einen viergleisigen Ausbau offen zu halten. Eine optimale Verkehrskordinierung sei mit S 4, S 20, Cityverkehr Zürich und dem Regionalverkehr Allgäu bei einem dreigleisigen Ausbau nicht ausreichend. Die Stadt Puchheim müsse sich hier auch klar für einen viergleisigen Ausbau einsetzen. Stadtrat Türkner wies darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung die Aktuelle Viertelstunde der Bürger nicht für Statements genutzt werden dürfte, sondern nur Fragen zulasse. Diese Beiträge seien jedoch wichtig, weswegen er vorschlage, den Bürgern bei Tagesordnungspunkt TOP 6 zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Puchheim das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende erwiderte, es sei in Vorneherein nicht erkennbar wie sich ein Wortbeitrag eines Bürgers entwickle.

## **TOP 3      Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**

---

Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Kommunen Puchheim, Germering und Emmering leider keinen Zuschlag für das Projekt „Ökoregion“ bekamen.

**TOP 4      Jahresabschluss 2015; Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses,  
Feststellung und Entlastung (Art. 102 Abs. 3 GO)**

---

Der Vorsitzende übergab den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt an den Zweiten Bürgermeister Zöllner, da es bei diesem auch um seine Entlastung für den Jahresabschluss 2015 gehe. Dieser erteilte das Wort Stadtrat Wuschig, dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses. Stadtrat Wuschig führte zum Prüfungsbericht des Jahresabschlusses 2015 aus, dass der Rechnungsprüfungsausschuss bestrebt sei konstruktiv mitzuarbeiten, damit Vorgänge kostengünstiger gestaltet werden könnten. Daher sei es unbefriedigend und ärgerlich, dass auf den im Dezember 2017 vorgelegten Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2015 erst am 9. April 2019 eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgte. Er hoffe auf eine zeitnähere Bearbeitung der Prüfungsberichte für die Jahre 2016 bis 2018. Auf das weitere Vorgehen bei diesen Abschlüssen habe man sich mit der Verwaltung verständigt. Er bemängelte, dass die Stadt Puchheim nicht auf Rückforderungen gegenüber Dritten verzichten dürfe, wenn diese schuldhaft Kosten verursachten. Weiter müssten auch kleinere Aufträge besser koordiniert werden um sie kostengünstiger zu erledigen. Sinnvoll sei hier ein Objektbeauftragter seitens der Verwaltung, der bei kleineren Arbeiten mit einem auszuführenden Betrieb zu tun habe, der sich auch an die konkreten Bedürfnisse, wie beispielsweise im PUC mit unterschiedlichen Hochbetriebszeiten, anpassen könne. Auch seien längere Zahlungsfristen zur Ausschöpfung von Skonti anzustreben. Ferner sei die Verteilung der Bier- und Händlermarken des Puchheimer Volksfestes nicht transparent, ebenso sei das Volumen nicht verhältnismäßig, da jede achte Maß von der Stadt bezahlt würde. Es sei hier auch zu kontrollieren, ob Marken der Vorjahre eingelöst würden. Man rege an die 44 Seniorenwohnungen des Hauses Elisabeth in die Verantwortung der WEP zu übergeben. Die Feuerwehren sollten über die angeschafften Feldbetten, die im Bauhof lagerten, informiert werden, falls diese im Notfall benötigt würden. Es sollte im Vorhinein klar sein, welche Erfordernisse für die Kindersicherung eines Kindergartens umgesetzt werden müssten, bevor teure Anpassungen vorzunehmen seien. Eine Neuordnung der Kita-Finanzierung sei dringend notwendig, und es sei zu überprüfen ob geäußerten Ausstattungswünschen zu großzügig entsprochen werde. Es erscheine dem Rechnungsprüfungsausschuss auch nicht akzeptabel, wenn ein Gebäude von mehreren Nutzern belegt werde, Strom-, Wasser- und Abfallkosten nicht nutzerindividuell abzurechnen. Die entgangenen Skonti wegen Säumigkeit eines beauftragten Büros sollten diesem angelastet werden. Die Dachabdichtungszahlungen seien eigenartig gebucht worden. Die Erläuterungen in der Stellungnahme der Verwaltung könnten nicht nachvollzogen werden. Die genannten Beträge machten den Vorgang nicht plausibel und die Aufrechnung von Beträgen minderte die Übersicht. Es sollte daher nach dem sog. Bruttoprinzip vorgegangen werden. Bezüglich der hinterfragten Rechnungen zu den Mäharbeiten sollten in den übergebenen Lieferscheinen genaue Örtlichkeiten und Straßennamen für eine bessere Nachprüfbarkeit genannt werden. Nach der Einschätzung des Rechnungsprüfungsausschusses wäre die Rechnung bezüglich eines Schaltkastens von der KommEnergie

zu begleichen gewesen. Die Rechnung hätte an die KommEnergie weiter geleitet oder der Betrag von dieser erstattet werden sollen. Bei Rechnungen für die Gully-Reinigung seien keine Arbeitsberichte für die kleineren Straßen beigelegt, so dass diese nicht auf Richtigkeit überprüft werden konnten. Die Serviceleistungen für den Betrieb von Pumpen erfolgten weiter immer noch nach einem Vertrag von 1983, hier stelle sich die Frage, ob dieser immer wieder mit aktuellen Angebotsabfragen abgeglichen werde. Anlässlich eines privaten Bauvorhabens kam es zu Beschädigungen bei Flächen, die im Eigentum der Stadt Puchheim stünden. Zur Wiederherstellung des öffentlichen Gehwegs und der Grünanlage übernahm die Stadt Puchheim aufgrund einer mündlichen Vereinbarung und bereits vorhandenen Schäden eines städtischen Bediensteten mit der Schadensverursacherin Kosten in Höhe von 28.191,10 Euro brutto. Dies sei nicht gerechtfertigt und rechtlich äußerst bedenklich. Weiter seien mündliche Absprachen und Vereinbarungen bei einem Volumen von mehreren Zehntausend Euro nicht ausreichend. Es bedürfe einer Vereinbarung in schriftlicher Form. Zweiter Bürgermeister Zöllner bedankte sich beim Rechnungsprüfungsausschuss für dessen umfangreiche Arbeit. Stadtrat Pürkner beantragte eine Aussprache.

## **Beschluss**

---

Eine weitere Aussprache wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 Nein 13 Anwesend 30 Befangen 1

Stadtrat Pürkner kritisierte, dass es an einer vernünftigen Buchungsarbeit seitens der Verwaltung fehle, weswegen eine Entlastung des Bürgermeisters zweifelhaft sei. Dies dürfe sich nicht wiederholen. Er habe sich wenigstens ein Versprechen von der Verwaltung erwartet sich zukünftig um eine ordnungsgemäße Buchungsarbeit zu bemühen. Es habe den Anschein, dass die sehr arbeits- und umfangreiche Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses keinen bleibenden Eindruck bei der Verwaltung hinterlassen habe. Stadtrat Wuschig bekundete stets im Austausch mit der Kämmerei zu stehen. Er habe die Hoffnung, dass die Anregungen nun zukünftig umgesetzt werden. Stadtrat Leone schloss sich der Kritik von Stadtrat Pürkner nicht an. In jeder Verwaltung passierten Fehler. Die Frage sei, wie man mit diesen umgehe. In Zukunft sei mit Verbesserungen zu rechnen, da dann ein Überblick über den Verlauf der Prüfungen bestehe. Die Stadtverwaltung habe sehr viel zu leisten, systematische grundlegende Fehler seien nicht erkennbar. Seine Fraktion würde der Beschlussvorlage zustimmen. Herr Tönjes bedankte sich bei dem Rechnungsprüfungsausschuss für dessen Arbeit. Diese sei dringend für eine Selbstreflexion und interne Überprüfung der Verwaltung erforderlich. Extern werde die Stadt auch durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes sowie durch Prüfer des Finanzamts und der Sozialversicherung umfangreichend geprüft. Fehler aus Unwissenheit und Leichtsinne seien nie ganz ausgeschlossen. Was es in diesem Zusammenhang in verstärktem Maße brauche, sei eine Feh-

lerkultur, die bei einigen Mitarbeitern noch nicht hinreichend ausgeprägt sei. Er verwies auf den Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, der den Jahresabschluss 2015 der Stadt Puchheim überprüft und nichts Schwerwiegendes entdeckt habe. Er bat darum, bei der Bewertung des Prüfungsberichts die Relation der Mängel zu der Vielzahl der Verwaltungshandlungen zu sehen. Stadtrat Hoiß räumte ein, dass in seiner elfjährigen Mitgliedschaft als Rechnungsprüfungsausschussmitglied, wobei er auch fünf Jahre den Vorsitz innehatte, durchaus Verbesserungen von der Verwaltung umgesetzt worden seien. In einigen Bereichen sei jedoch noch eine Nachsteuerung erforderlich. Herr Heitmeir räumte ein, dass man mit dem Abschluss 2015 zeitlich aufgrund personeller und technischer Engpässe hintendran sei. Wege über das weitere Vorgehen seien mit dem Rechnungsprüfungsausschuss abgesprochen worden, um Fehlern entgegenzuwirken. Die Verwaltung sei selbstkritisch, Fehler könnten wegen Überlastung jedoch passieren. In manchen Fällen gebe es auch unterschiedliche Rechtsauffassungen. Doch mit jeder seiner Anregungen stoße der Ausschuss auf offene Ohren bei der Verwaltung. Der Anteilswert der Beanstandungen des Rechnungsprüfungsausschuss liege bei einem Haushaltsvolumen von 30 bis 50 Millionen Euro im Jahr jedoch im Promillebereich.

## Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt die Niederschrift über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2015 vom 12.12.2017 und die Stellungnahme der Stadtverwaltung hierzu vom 09.04.2019 billigend zur Kenntnis.

Der Stadtrat stellt aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung den Jahresabschluss 2015 wie folgt fest:

|                                           |                  |
|-------------------------------------------|------------------|
| Summe der Vermögensrechnung (Bilanzsumme) | 164.858.003,11 € |
| Jahresergebnis der Ergebnisrechnung       | 5.314.642,83 €   |
| Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag      | 1.787.237,84 €   |
| Neuer Bestand an liquiden Mitteln         | 33.396.039,76 €  |

Sämtliche Unterlagen gem. § 80 Abs. 1 KommHV-Doppik lagen vor und sind Bestandteil des Feststellungsbeschlusses.

2. Der Stadtrat erteilt dem Ersten Bürgermeister für den Jahresabschluss 2015 die Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 1 Anwesend 30 Befangen 1

Der Vorsitzende bedankte sich für die erteilte Entlastung. Auch er habe die zeitliche Verzögerung der Stellungnahme kritisch gesehen, die jetzt vermittelten Zeitlinien seien jedoch eingehalten worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss sei ein konstruktives Gremium, das eine wichtige Aufgabe erfülle. Anregungen und Kritik würden sehr ernst genommen werden um die Abläufe in der Verwaltung zu optimieren. Fehler seien jedoch menschlich und könnten passieren. Pauschalisierungen seien keine konstruktive Kritik.

#### **TOP 5      Kommunale Beteiligungen; Zustimmung zum Beitritt der Städtischen Wohnraumentwicklungsgesellschaft Puchheim mbH |WEP zur Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstentfeldbruck mbH**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Die Stadt Puchheim sei federführend bei dem Thema der Gründung einer landkreisweiten Wohnungsbaugesellschaft gewesen. Diese solle die kommunale Verantwortung für die Gesamtwohnraumentwicklung im Landkreis tragen. Puchheim könne sich so seinen Handlungsspielraum erweitern und sich Mitbestimmungsrechte in Entwicklungsgebieten sichern. Stadtrat Leone wies darauf hin, dass die SPD 2014 die Gründung einer interkommunalen Wohnraumentwicklungsgesellschaft im Landkreis beantragt habe. Durch Ablehnung dieses Antrags im Landkreis sei wichtige Handlungszeit verloren gegangen, daher begrüße seine Fraktion nun die Gründung der landkreisweiten Wohnungsbaugesellschaft. Stadtrat Keil gab zu bedenken, dass freihändig eine Gesellschaft durch die öffentliche Hand gegründet würde ohne die freie Wirtschaft miteinzubeziehen. Er appellierte diese zukünftig zumindest im Aufsichtsrat miteinzubeziehen um auf praxisorientierte Erfahrungen zurückgreifen zu können. Der Vorsitzende erwiderte, dass die Förderprogramme nur für rein kommunale Gesellschaftskonstrukte liefen, auch eine Inhouse- Vergabe wäre bei Beteiligung Privater nicht möglich. Eventuell sei es zukünftig möglich Tochtergesellschaften mit Beteiligung der privaten Wirtschaft zu gründen. Stadtrat Hoiß erfragte, ob die WEP an sich kein privates Unternehmen sei. Herr Heitmeir antwortete, dass dies nicht der Fall sei, da die öffentliche Hand an dieser zu 100 Prozent beteiligt sei.

#### **Beschluss**

---

Der Stadtrat ermächtigt und beauftragt den Ersten Bürgermeister in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Wohnraumentwicklungsgesellschaft Puchheim mbH |WEP (WEP GmbH) für die Beteiligung an der noch zu gründenden Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstentfeldbruck GmbH zu stimmen.

Das Stammkapital richtet sich nach der Anzahl der beitretenden Gesellschafter. Die WEP GmbH leistet eine Einlage in Höhe von 10.000,00 € auf das Stammkapital. Dies entspricht der Einlage, die jeder beitretende Gesellschafter leistet. Zusätzlich werden Gründungskosten von rund 1.000,00 € anfallen.

Dem Gesellschaftsvertrag der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstenfeldbruck GmbH wird gemäß Anlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 1 Anwesend 30 Befangen 0

## **TOP 6      Barrierefreier Ausbau des Bahnhofs Puchheim, hier: Variantenuntersuchung**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Nach Kommunikationsproblemen mit dem Ministerium, sei von dort nun mitgeteilt worden, dass es für eine Variantenprüfung eines Stadtratsbeschlusses bedürfe. In der Arbeitsgruppe am 04.04.2019 habe man von den verschiedenen Varianten zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Puchheim die Variante 2b definiert, wonach die barrierefreie Erschließung der Nordseite des Bahnhofs über einen Außenbahnsteig und mit zwei Aufzügen auf der Nord- und der Südseite der bestehenden Unterführung erfolgen soll. Weiter müsse eine Ausbaukapazität zu einem zukünftigen viergleisigen Ausbau sichergestellt sein, da nicht sicher sei ob ein nur dreigleisiger Streckenausbau von Pasing bis Eichenau ausreichen werde, die zukünftigen Verkehre bedarfsgerecht abzuwickeln. Auch die Pläne für die Dächer als Witterungsschutzvorrichtungen an den Bahnsteigen müssten nachgebessert werden. Die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und ubp hätten Formulierungsänderungen in einem Änderungsantrag vorgeschlagen, welcher als Tischvorlage vorliege. Es müsse klar formuliert werden, welche Forderungen gegenüber der Deutschen Bahn und dem Bayerischen Verkehrsministerium gestellt werden, um eine zügige und praktikabel Lösung anzustreben, bei der der Mensch im Vordergrund stehe. Die bislang vorgelegte Planung der Variante 1a sei sowohl durch die Beiräte als auch von dem Planungs- und Umweltausschuss abgelehnt worden, und auch bei der Bevölkerung fehle die Akzeptanz dafür.

Stadtrat Dr. Sengl erläuterte die vorgeschlagenen Änderungen. Es sei zu begrüßen, dass der dreigleisige Ausbau als nicht ausreichend angesehen werde. Kernproblem sei aber der barrierefreie Ausbau. Es müsse eindeutig formuliert werden, dass die bereits beschlossene Variante 1 a keine von der Stadt Puchheim bevorzugte Variante darstelle sondern rein im Interesse eines zügigen Verfahrens entstand. Klar müsse hervorgehoben werden, dass die Variante 1 a keine Akzeptanz in der Bevölkerung finde und die Variante 2 b gewollt sei. Da beispielsweise das Erfordernis einer weiteren Unterführung nicht unstrittig sei, solle über die einzelnen Punkte getrennt abgestimmt werden.

Stadtrat Leone bedauerte, dass sich die Stadt Puchheim vom Ministerium und Bahn unter Druck setzen ließ und die damals bereits vorgebrachte Kritik nicht ernstgenommen worden sei. Die Zusage des Verkehrsministeriums sei zu begrüßen, die von der Stadt und ihren Beiräten eingebrachten Verbesserungsvorschläge zur jetzt vorgelegten Ausbauplanung prüfen zu lassen, um eine für die Menschen vor Ort zufriedenstellende Lösung zu finden. Der konstruktive Arbeitskreis habe sich zusammen mit den Beiräten, wie bereits der Planungs- und Umweltausschuss 2014, für eine barrierefreie Erschließung der Nordseite des Bahnhofs über einen Außenbahnsteig mit zwei Aufzügen auf der Nord- und Südseite der bestehenden Unterführung ausgesprochen. Eine zweite Unterführung sei der Fraktion wichtig, aber nur nachrangiges Ziel. Sie solle aber trotzdem gegenüber Bahn und Ministerium thematisiert

werden um Zugangswege zu verkürzen. Man müsse versuchen die Finanzierungen im Zuge der Gesamtverhandlungen im Vorfeld zu klären und anzusprechen. Die Forderung nach einem viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke sei zu unterstützen, da ein dreigleisiger Ausbau den zukünftigen Anforderungen an den Schienenverkehr nicht gerecht werde. Daher sei von der Deutschen Bahn auch die Ausarbeitung von Planungsvarianten zu erwarten, die sich zeitnah an einem barrierefreien Ausbau orientieren und sich gleichzeitig für einen zukünftigen Ausbau eignen. Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei nicht gemessen worden, daher schlage er vor den Antrag der Grünen um die Formulierung „der von den Beiräten und dem Planungs- und Umweltausschuss festgestellten Schwächen und vorgebrachten Bedenken sowie der erkennbar fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung“ zu ergänzen.

Stadträtin Fruhner-Weiß stimmte mit ihren Vorrednern überein, dass die Variante 2b gewünscht sei. Dem Punkt 3b der Beschlussvorlage könne sie nicht zustimmen, da für sie eine Personenunterführung keine Barrierefreiheit darstelle. Als Verbindung zwischen Nord- und Südseite sei die Forderung unglücklich formuliert, da die Bahn diese dahingehend deuten könnte, dies sei als städtebauliche und nicht als barrierefreie Maßnahme gewünscht. Das Risiko sei damit zu groß, dass Kosten für die zweite Personenunterführung nicht von der Bahn übernommen würden. Für sie sei daher auch klar zu formulieren, dass die Personenunterführung keine Alternative sei.

Stadtrat Dr. Koch erläuterte die redaktionellen Änderungsanträge der ubp.

Stadtrat Hofschuster ergänzte zur kontrovers diskutierten Personenunterführung, dass diese eine wünschenswerte Baumaßnahme darstelle, die aber nicht allein der Barrierefreiheit diene. Dies komme in der Beschlussvorlage der Verwaltung aber auch zur Geltung, deswegen teile er die Bedenken nicht. Er schlug vor, da sich die bisherigen Varianten auf die bisherigen Untersuchungen beziehen würden, alle konkreten Forderungen in einer neuen Variante aufzunehmen. Die Überschrift des Änderungsvorschlages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unter Punkt 3 könne dann weggelassen werden und man könne das Erfordernis des Außenbahnsteigs hervorheben. Damit sei noch deutlicher, dass andere Varianten nicht toleriert seien und die Kernforderung wäre hervorgehoben. Die kommunalen Forderungen der Stadt dürften nicht mit den Überlegungen, ob die Bahn die Erforderlichkeit eines Mittelbahnsteigs in ihrer Gesamtplanung richtig beurteilt, in den Hintergrund geraten. Daher solle man sich ausschließlich auf Ziffer 3 und den Außenbahnsteig konzentrieren, wenn dieser realisiert sei würde das Thema des Mittelbahnsteigs automatisch in den Hintergrund rücken. Damit bestünde auch nicht die Gefahr wie bisher, dass man sich auf eine Variante mit Mittelbahnsteig einlässt, weil die Bahn diesen forderte. Stadträtin von Hagen befand die Vorlage als gut und befürwortete eine getrennte Abstimmung, da der zusätzlichen Unterführung nicht zuzustimmen sei. Ein viergleisiger Ausbau sei zu begrüßen und es müsse unter Punkt 1 deutlicher hervorgehoben werden, dass dieser bevorzugt werde. Unter Punkt 4.2 müsste bei entsprechender Abstimmung aufgenommen werden, dass der Mittelbahnsteig nicht gewollt sei. Stadtrat Leone schlug vor in Punkt 3 zu formulieren, dass die Variante 1a abgelehnt werde. Der Vorsitzende fragte, ob ein Mitanhörungs- bzw. Beratungsrecht bei der Planung in die Stellungnahme mitaufgenommen werden solle. Stadträtin Gigliotti befürchtete, wie sie bereits mehrfach angeführt habe, dass die Varianten 1a und 2b vermischt werden könnten. Die Umbaumaßnahmen erforderten eine eindeutige Positionierung für die Variante 2b, die zweite Unterführung sei jedoch nicht erforderlich und eine Forderung hiernach könnte unter Umständen den barrierefreien

Ausbau des Bahnhofs verzögern. Stadtrat Burkhard schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Türkner an. Es sei klar zu formulieren, dass der Mittelbahnsteig nicht gewünscht sei. Niemand im Stadtrat hätte die Variante 1 a jemals bevorzugt.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung, da sich die Argumente im Kreis drehten. Eine rechtzeitige Beteiligung der Stadt Puchheim sei im weiteren Verlauf wichtig, dies sei noch mitaufzunehmen. Stadträtin Fruhner-Weiß ergänzte, sie sei zwar gegen eine zweite Personenunterführung, falls diese aber mehrheitlich gewünscht sei solle die Formulierung „soweit wie möglich östlich“ in Punkt 3 b aufgenommen werden. Die jetzige Formulierung sei nicht notwendig, da deren Mehrwert fragwürdig sei. Stadtrat Hofschuster erwiderte, dass diese Formulierung vom Ausschuss gewünscht war, um den optimale barrierefreien Zugang zu ermöglichen. Er schlug vor unter Ziffer 2 Satz 2 „unter der Beteiligung der Stadt“ einzufügen. Stadtrat Dr. Koch und Stadtrat Leone gaben zu bedenken, dass die Eckpunkte der Variante 1a, die nicht gewollt seien, unter Punkt 3 ausformuliert werden sollten, da Außenstehende diese nicht kennen würden. Der Vorsitzende schlug vor dies derart zu formulieren, dass man die vorgelegte Planung nicht akzeptiere. Stadträtin von Hagen stellte den Antrag unter Punkt 4.2 klar hervorzuheben, dass der Mittelbahnsteig abgelehnt werde. Stadtrat Leone gab zu Bedenken, ob hier nicht eine Beratungszeit erforderlich sei. Stadtrat Dr. Koch erwiderte, dass keine Befugnis bestünde den Abbau des Mittelbahnsteiges zu fordern. Stadtrat Stricker schlug vor die Entscheidung der Bahn zu überlassen und diesbezüglich keine Forderungen zu stellen. Der Vorsitzende formulierte, unter Punkt 4.2 den Satz „Der Mittelbahnsteig soll zurückgebaut werden.“ mit aufzunehmen. Stadtrat Burkhard stellte den Antrag dem Begehren durch den Satz „Die Stadt Puchheim lehnt die Aufrechterhaltung des Mittelbahnsteiges ab.“ Ausdruck zu verleihen. Ob dieser rechtlich haltbar sei, interessiere ihn nicht, da die Bürger den Mittelbahnsteig ablehnten.

## Beschluss

1. Der Stadtrat erkennt die bisherigen Bemühungen des Freistaates Bayern und der DB Netz AG zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Puchheim als vorgezogene Maßnahme des Projekts „Ausbau S 4 West“ ausdrücklich an. Er erneuert allerdings seine Bedenken, ob ein nur dreigleisiger Streckenausbau von Pasing bis Eichenau ausreichen wird, die zukünftigen Verkehre bedarfsgerecht abzuwickeln.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

2. Der Stadtrat begrüßt die Zusage des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, die von der Stadt und ihren Beiräten eingebrachten Verbesserungsvorschläge zur jetzt vorgelegten Ausbauplanung mit dem Ziel prüfen zu lassen, eine für die Menschen vor Ort zufriedenstellende Lösung zu finden und diese baldmöglichst umzusetzen. Er bekräftigt seine Erwartung, dass die notwendigen weiteren Untersuchungs- und Planungsschritte unter frühzeitiger Beteiligung der Stadt Puchheim ebenso rasch und energisch vorangetrieben werden wie der dann folgende tatsächliche Ausbau.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

3. Anknüpfend an die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 09.12.2014 und 09.06.2015 hält der Stadtrat daran fest, **dass die barrierefreie Erschließung der Nordseite des Bahnhofs über einen Außenbahnsteig und mit zwei Aufzügen auf der Nord- und der Südseite der bestehenden Unterführung erfolgen soll**(ehemals Variante 2b). Die vorgelegte Planung des Freistaates Bayern und der DB Netz AG zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Puchheim wird auf Grund der von den Beiräten und dem Planungs- und Umweltausschuss festgestellten Schwächen und vorgebrachten Bedenken sowie der erkennbar fehlenden Akzeptanz in der Bevölkerung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

4. Weitere Punkte:

- 4.1 Eine neue Personenunterführung wird mit Rücksicht auf die prognostizierten Bevölkerungs- und Fahrgastzahlen als notwendig angesehen. Zur Verteilung der Verkehrsströme und zur besseren Anbindung der Stadtteile soll sie so weit wie möglich östlich errichtet werden. Es ist darauf zu achten, dass durch die bauliche Gestaltung (ausreichende Breite von mind. 3,50 m, Beleuchtung etc.) eine hohe Akzeptanz zur Benutzung geschaffen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 11 Anwesend 30 Befangen 0

- 4.2 Die Stadt Puchheim lehnt die Aufrechterhaltung des Mittelbahnsteiges ab.

Abstimmungsergebnis: Ja 2 Nein 28 Anwesend 30 Befangen 0

Für den Fall, dass der Mittelbahnsteig für Nothalte erhalten bleiben und barrierefrei erschlossen werden muss, soll die Barrierefreiheit über einen Aufzug in die neue Unterführung hergestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 24 Nein 6 Anwesend 30 Befangen 0

5. Der Stadtrat geht davon aus, dass die schon gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr angesprochenen weiteren Verbesserungswünsche zu Lage und Länge von Bahnsteigüberdachungen, Witterungsschutz für die Rampen etc. zu gegebener Zeit eingebracht werden können.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

**TOP 7      Mittelschule Nebengebäude – Sanierung Kellergeschoss**  
**hier: Vergabe Elektroarbeiten**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Stadtrat Keil fragte, wie viele Firmen angeschrieben wurden, da nur ein Angebot abgegeben wurde. Der Vorsitzende antwortete, dass es sich um eine öffentliche Ausschreibung handle, die Zahl der Bieter sei nicht steuerbar.

**Beschluss**

---

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Gewerks Elektroarbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter, der Firma SYSTEM-TECHNIK VOGL GMBH, Am Anger 6, 82237 Wörthsee/Etterschlag, zum Bruttopreis von 252.135,59 €, zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

**TOP 8      Saatkrahen: Verwaltungsgerichtsverfahren - Ergebnis der Mediation und weiteres Vorgehen; Monitoring**

---

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Eine Umsiedlung der Hauptkolonie sei nach dem Ergebnis der Mediation nun gestattet mit dem Ziel, diese in einen Bereich außerhalb des Siedlungsgebietes zu verlagern, allerdings mit der Auflage ein neues geeignetes Gebiet für die Brutvögel zu finden, das von diesen auch akzeptiert werde, ohne dass andere Kommunen betroffen werden. Naturschutz sei eine tragende Komponente der Stadtratspolitik. Er bedankte sich bei den Anwohnern, die den ganzen Prozess begleitet und ihre Forderungen kommuniziert haben. Wie die Vögel tatsächlich reagierten sei allerdings nicht absehbar. Stadtrat Leone wies darauf hin, dass die Stadt Puchheim im Vergleich zu anderen mit Saatkrahen betroffenen Gemeinden von der Regierung stiefmütterlich behandelt worden sei, obwohl die Bemühungen der Stadt Puchheim groß gewesen seien. Es sei ein wichtiges Zeichen gesetzt worden, dass man sich nicht alles gefallen ließe.

**Beschluss**

---

Der Stadtrat stimmt der Vereinbarung, die im Rahmen der Güteverhandlung am 3. April 2019 erarbeitet wurde, zu, und nimmt den Bericht über die aktuelle Entwicklung der Brutkolonie zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

**TOP 9      Generalsanierung und Erweiterung Schwimmbad**  
**Projektgenehmigung - Vorstellung Vorplanung**

---

Die Architektin Frau Hofmann vom Fachbereich Hochbau erläuterte die Bestandssituation des Schwimmbads sowie die Maßnahmen der Generalsanierung und Erweiterung des Schwimmbads. Das im Jahr 1968 erbaute Schwimmbad benötige neue technische Anlagen. Im Bereich des jetzigen Verkehrskindergartens sei ein zweites Schwimmbecken vorgesehen. Damit sollten die Angebote für Schule, Horte, Vereine, Schwimmkursteilnehmer und allgemeine Badegäste verbessert werden. Ergänzt werde das Konzept mit einer Außenterrasse und einer komplett zu öffnenden Glasfassade, um das Bad attraktiver zu gestalten. Ein barrierefreier Zugang in das Schwimmbad, zu den Umkleiden und in das Becken werde geschaffen. Die Entwurfsplanung mit fundierter Kostenschätzung könne bis zum Sommer 2019 abgeschlossen werden. Die Genehmigungsplanung solle bis zum September 2019 vorliegen. Mit den Abbrucharbeiten könnte frühestens ab Januar 2020 begonnen werden. Erst im Anschluss daran ließe sich der Sanierungsaufwand genauer erkennen. Stadträtin Gigliotti bemängelte, dass die Behindertentoilette in den Bauplänen in die Familienumkleide verlegt worden sei. Sie bat darum die Toilette als eigenständige Einrichtung aufrecht zu erhalten. Frau Hofmann sicherte zu, dass dies möglich sei. Der Vorsitzende ergänzte, dass die derzeitige Planung eine Vorplanung sei. Details zur konkreten Umsetzung würden im Ausschuss für städtische Bauten beschlossen werden. Stadträtin Färber bat darum während der Sanierungszeit, in der kein Schwimmunterricht stattfinden würde, nach Ausweichmöglichkeiten für die Schulen zu suchen. Herr Heitmeir sicherte zu, dass dies schon geschehen sei. Stadträtin Kamleiter gab zu Bedenken, ob ein an derselben Stelle errichteter Neubau nicht billiger kommen würde als eine Generalsanierung. Die Sanierung sei erstmals 2014 diskutiert worden, wobei sich die Sanierungskosten von 6,9 auf 13,9 Mio. Euro erhöht hätten. Frau Hofmann verneinte dies. Eine neue Planung würde die Ausführung im Übrigen weiter nach hinten verschieben. Stadtrat Leone hob hervor, dass es für die Stadt Puchheim im Vergleich mit anderen Gemeinden keine Selbstverständlichkeit sei, weiterhin ein Schwimmbad zu betreiben. Wünsche für zusätzliche Ausstattungen seien vom Stadtrat bewusst hinter den Erhalt des Bades als Schulschwimmbad gestellt worden. Die hohen Investitionen in das Bad müssten sich nach Neueröffnung auch in den Öffnungszeiten des Bades widerspiegeln. Personal müsste rechtzeitig aufgestockt werden. Bezüglich der Kostenplanung hielt er die darin eingeplante Sicherheitsreserve von zwanzig Prozent für hinreichend. Stadträtin Fruhner-Weiß forderte eine Kostenschätzung für einen Neubau des Schwimmbades ein, um die Kosten mit der der Sanierung zu vergleichen. Sie wies auf das Beispiel Dachau hin, wo derzeit ein Neubau mit etlichen Attraktionen für 22 Millionen Euro errichtete werde. Stadtrat Hofschuster bezweifelte, ob die in die Kostenschätzung eingestellten Puffer auch ausreichen würden, da bezüglich der Baupreiskalkulationen in letzter Zeit die tatsächlichen Baupreise immer die Angebotspreise überschritten hätten. Er halte jedoch an der 2014 vom Stadtrat getroffenen Entscheidung pro Sanierung und Erweiterung fest, da es jetzt Zeit zu handeln sei, weil der Betrieb des Schwimmbads aus baulichen Gründen nicht mehr lange aufrechterhalten werden könnte. Stadträtin Strobl-Viehhauser erklärte, einer Kostensteigerung auf 14 Millionen Euro könne sie nicht mehr zustimmen, insbesondere sei ein weiteres Becken nicht notwendig, um den Schwimmunterricht für die Kinder zu sichern. Wichtig sei

auch das geeignete Personal zu finden. Stadtrat Hoiß forderte ein Gesamtfinanzierungskonzept für alle weiteren großen Bauvorhaben. Der Vorsitzende verwies auf die allgemeine Situation des Bausektors, in der Kostensteigerungen leider eine Realität seien. Man müsse hier nach Dringlichkeit entscheiden. Der rechte Zeitpunkt für ein Gesamtfinanzierungskonzept sei nach der Kommunalwahl 2020, wenn ein neuer Stadtrat zusammentrete. Die ausgetauschten Argumente wiederholten sich und seien allen bekannt.

## **Beschluss**

---

Der Stadtrat nimmt die vorliegende Vorentwurfsplanung mit den geschätzten Kosten in Höhe von 13.914.000,00 € für die Generalsanierung und Erweiterung des Schwimmbades zur Kenntnis und erteilt die Projektgenehmigung.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 4 Anwesend 30 Befangen 0

## **TOP 10 Antrag zur Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren Puchheims [CSU-Fraktion]**

---

Stadträtin Fruhner- Weiß wies darauf hin, dass die Feuerwehren einen sehr wichtigen Beitrag für den Brandschutz in Puchheim leisten würden. Sie bedankte sich hierfür im Namen der Stadt und der Puchheimer Bürger. Bekannt sei, dass den beiden Stadtteil-Feuerwehren werktags von 7 bis 16 Uhr nur wenige Einsatzkräfte zur Verfügung stünden. Die Stadtverwaltung sollte nun prüfen und berichten, welche Möglichkeiten zur Sicherstellung der Tagesalarmbereitschaft der Feuerwehren etabliert werden könnten. Sie begrüßte die Vorschläge der Verwaltung. Weiter sollten kurzfristig Stellenausschreibungen der Stadt mit dem Zusatz versehen werden, dass die Mitgliedschaft in einer der beiden örtlichen Freiwilligen Feuerwehren durch die Stadt unterstützt werde. Bei Interesse solle für die städtischen Bediensteten ein feuerwehrtechnischer Grundlehrgang während der Arbeitszeit stattfinden. Der Vorsitzende erteilte das Wort den Kommandanten der Feuerwehren, Herrn Viehauser und Herrn Keil. Diese erläuterten, dass die technische Ausstattung der Feuerwehren optimiert sei, allerdings fehle einsatzbereites Personal bei beiden Stadtteil-Feuerwehren während der Werktage. Hier sei die Einsatzstärke jeweils zwischen vier und zehn der zur Verfügung stehenden Feuerwehrangehörigen zu niedrig. Die ausschließlich ehrenamtlich tätigen Feuerwehrdienstleistenden hätten in der Regel eine feste Arbeitsstätte, oft außerhalb Puchheims. Damit stünden werktags nur wenige Feuerwehrangehörige einsatzbereit zur Verfügung. Bis jetzt habe man Glück gehabt, dass hier noch nichts passiert sei. Die Feuerwehren begrüßten daher die Vorschläge. Herr Tönjes fasste zusammen, dass in Puchheim viele Bürger ehrenamtlich in den verschiedensten Bereichen engagiert seien. Absolut unverzichtbar sei dabei das Ehrenamt der Feuerwehr. Die Verwaltung und der Stadtrat stünden daher voll und ganz hinter den Feuerwehren der Stadt und erkennen deren Leistung ausdrücklich an. Die Stadt müsse handeln, um Menschen für dieses wichtige Ehrenamt zu begeistern. Auch andere Kommunen hätten es schwer Freiwillige für dieses dauerhafte Ehrenamt zu gewinnen. Derzeit wolle er noch nicht auf

eine Unterstützung durch hauptberufliche Feuerwehrmänner ausweichen, da dadurch die Freiwillige Feuerwehr an Identifikationskraft verliere. Er bat darum den Feuerwehrbedarfsplan abzuwarten, bevor größere Maßnahmen begonnen würden. Dieser werde in einigen Monaten vorgelegt und werde sich auch zu diesem Thema verhalten. Damit könne man besser einschätzen worauf man hinarbeiten müsse. Im Bauhofbereich habe man schon lange in die Stellenausschreibungen entsprechende Formulierungen aufgenommen, für die allgemeine Verwaltung werde man dies nun übernehmen. Von Verfassungen wegen sei der Leistungsgrundsatz bei der Besetzung von Stellen zu beachten, die Bereitschaft der ehrenamtlichen, freiwilligen Betätigung in der Feuerwehr dürfe kein Maßstab für eine Einstellung sein. Die Kommandanten hätten man auch mit den LKW – Fahrern im Bauhof gesprochen, ob diese die Feuerwehrfahrzeuge fahren könnten. Bei diesen Gesprächen habe sich gezeigt, dass Ausbildung und Übungsteilnahme erforderlich sind. Die Bereitschaft zu einer Ausbildung müsse von Herzen kommen und könne nicht über den Lohnzettel geregelt werden. Man wolle die Feuerwehren in Öffentlichkeitsarbeit und Freiwilligenwerbung unterstützen. Ein Weg könne auch sein, die Menschen zu erreichen, die in die Vereinsorganisationen noch nicht eingegliedert sind oder sich von diesen nicht angesprochen fühlen, wie etwa Migranten. Stadtrat Leone schlug vor, die Gewerbebetreibenden mehr in die Verantwortung zu ziehen und einen klaren Appell an diese zu richten. Viele Betriebe ermöglichen ihren Angestellten während der Dienstzeiten zu Einsätzen zu fahren, in einigen sei dies jedoch verpönt. Stadtrat Dr. Sengl sah die Not der Feuerwehren, seine Fraktion unterstütze den Antrag. Stadträtin Weber fragte, ob nach Puchheim kommende Einpendler, die in andren Kommunen bei der Freiwilligen Feuerwehr tätig seien, eventuell tagsüber für Puchheim zu gewinnen seien. Der Vorsitzende bekräftigte, dass eine parallele Mitgliedschaft möglich sei. Stadtrat Dr. Koch unterstützte den Vorschlag von Stadtrat Leone, dieser gelte vor allem im Zuge einer überregionalen Zusammenarbeit für nach Puchheim pendelnde Arbeitnehmer. Herr Viehauser ergänzte, dass es auch ein Problem sei, dass ausgebildete junge Feuerwehrmitglieder bei Familiengründung aus Puchheim wegzögen, da es keinen bezahlbaren Wohnraum für junge Familien gebe oder ein neuer Arbeitsplatz zu weit weg sei. Kleinere Betriebe könnten den Ausfall von Mitarbeitern weniger gut auffangen als größere Arbeitgeber. Der Vorsitzende wolle den Feuerwehren bei allen städtischen Veranstaltungen eine Plattform geben sich zu präsentieren, um die Attraktivität zu heben.

## **Beschluss**

---

1. Zur Sicherstellung der Tagesalarmbereitschaft der beiden Freiwilligen Feuerwehren in Puchheim-Bahnhof und Puchheim-Ort wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen und zu berichten, welche Möglichkeiten der Unterstützung der Feuerwehren durch die Stadt möglich sind. (erledigt)
2. Als kurzfristige Maßnahme wird die Verwaltung beauftragt, Stellenausschreibungen wenn möglich mit dem Zusatz zu versehen, dass die Mitgliedschaft in den Freiwilligen Feuerwehren Puchheim-Bahnhof bzw. Puchheim-Ort durch die Stadt Puchheim unterstützt wird.

3. Bei entsprechendem Interesse soll eigens für die städtischen Bediensteten ein feuerwehr-technischer Grundlehrgang während der Arbeitszeit stattfinden.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

Stadtrat Pürkner beantragte den Antragspunkt 1 aufgrund der bereits erfolgten guten Ausarbeitung der Verwaltung als erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

## **TOP 11      Antrag Straßenbegleitgrün als Blühflächen gestalten [Bündnis 90/Grüne]**

---

Stadtrat Dr. Sengl begründete den Antrag, insbesondere befestigte Grüninseln und Rondelle in Kreisverkehren in dauerhafte angelegte Blühinseln umzuwandeln. Als jüngstes Negativbeispiel führte er das neu gestaltete Dreieck am Bahnhof an, das aus breiten Kiesrändern, einer Rindenmulchfläche und einigen wenigen Sträuchern bestehe. Weiter solle einheimisches und standortgerechtes Saatgut Verwendung finden. Das Umweltamt habe bezüglich des Straßenbegleitgrüns bereits ein Konzept für die nächsten drei Jahre ausgearbeitet. Der Vorsitzende stellte aufgrund dessen den qualitativen Mehrwert des Antrags in Frage. Es gebe einem weitgehenden Konsens bei allen Fraktionen sowie in der Verwaltung, was die Umwandlung in Blühinseln angehe. Die Symbolfläche am Bahnhof bedauerte er. Stadtrat Dr. Sengl erläuterte, dass sich der Mehrwert daraus ergebe, dass die Grünflächen entlang der Straßen nicht in der Planung gewesen seien. Die von ihm erwähnte, weiterführende Umsetzung erfolgte vom Umweltamt auf seinen Antrag hin. Jahrelang sei hier noch nichts passiert, obwohl diese für die Bürger bewusst sichtbar sind. Stadtrat Leone verwies auf die Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschuss vom November 2018, bei dem über das Thema auf einen Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen sowie einen Antrag der SPD bereits abgestimmt wurde. Man müsse hier Vertrauen in das Bau- und Umweltamt haben, dass entsprechende Beschlüsse durch diese umgesetzt werden. Stadtrat Pürkner erfragte, ob Stadtrat Leone den Antrag als einen Schaufensterantrag verstehe. Er wies weiter darauf hin, dass die Stadt Puchheim nur eine einzige Kreisverkehrsfläche selbst besäße, alle anderen Kreisverkehrsflächen gehörten dem Landkreis. Er regte an entsprechende Anträge im Kreistag zu stellen. Stadtrat Dr. Koch ergänzte, dass sein Vertrauen in die städtische Grünflächengestaltung durch den Lapsus am Bahnhof ramponiert worden sei. Stadträtin Unglert bat um Abstimmung.

## **Beschluss**

---

Das Straßenbegleitgrün – insbesondere befestigte Grüninseln und Rondelle in städtischen Kreisverkehren – werden innerhalb der nächsten drei Jahre Zug um Zug in dauerhaft angelegte Blühinseln unter Verwendung von einheimischem und standortgerechtem Saat- und Pflanzgut umgewandelt. Bei Neuanlagen von Grüninseln wird diese Gestaltungsform sofort umgesetzt.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 2 Anwesend 30 Befangen 0

## **TOP 12      Antrag auf Anschaffung und Installation eines Automatisierten Externen Defibrillators (AED) im Geldautomatenraum der Sparkasse, Allinger Str. 1 [SPD-Fraktion]**

---

Stadtrat Leone begründete den Antrag seiner Fraktion. In Absprache mit dem Gebäudeeigentümer, Dr. Harbeck & Stieber GmbH & Co. KG und dem Mieter, der Sparkasse Fürstenfeldbruck, solle ein Automatisierter Externer Defibrillator im Automatenraum der Sparkasse in der Allinger Straße 1 installiert werden. Wichtige öffentliche Gebäude wie das Rathaus, Schulen und Turnhallen seien bereits mit einem so genannten „Laien-Defibrillatoren“ ausgestattet. Nachteilig sei hier jedoch, dass die dort angebrachten Geräte in der Regel nur während der Öffnungszeiten der Gebäude erreichbar seien. Der neue Defibrillator-Standort dagegen sei jederzeit zugänglich sowie vor Witterung und durch die Sicherheitskameras im Automatenraum geschützt. Das Gerät würde das gesamte Umfeld des S-Bahnhofs, der katholischen Kirche und des Grünen Markts abdecken. Stadtrat Hoiß sprach sich für die Idee aus, er regte an auch die anderen Defibrillatoren möglichst im Außenbereich anzubringen. Hier gebe es wetterbeständige Defibrillatorkästchen, deren Anschaffung überdacht werden müsse. Zu bedenken sei auch, dass der Defibrillator im Schwimmbad mit dessen Sanierung nicht mehr zugänglich sein werde. Stadtrat Leone wies darauf hin, dass abgewogen werden müsse. Ein außen angebrachter Defibrillator koste in der Wartung sicherlich mehr. Sinnvoll wäre es noch einen weiteren Defibrillator außen anzubringen. Die beantragte Anbringung sei eine sich schnelle anbietende Möglichkeit. Der Vorsitzende schlug vor, prüfen zu lassen ob die gegenständliche Anbringung auch über die Sparkasse finanziert werden könne. Ebenso solle untersucht werden, ob für die Stadt weitere Standorte für Defibrillatoren im Außenbereich im nördlichen Stadtteil in Frage kämen. Die derzeitigen Standorte befänden sich strategisch alle dort, wo sich viele Menschen aufhalten würden. Stadtrat Pürkner fragte, ob der Sparkassenvorraum nachts geöffnet sei. Dies wurde von Stadtrat Leone bejaht. Dritter Bürgermeister Salcher betonte wie wichtig es sei, schnell auf einen Defibrillator zugreifen zu können. Er regte an, einen Flyer bezüglich der Standorte der Defibrillatoren auszulegen oder zu verteilen. Er bat um Abstimmung.

## **Beschluss**

---

Die Stadt Puchheim schafft zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Automatisierten Externen Defibrillator (AED) an und installiert diesen in Absprache mit dem Gebäudeeigentümer (Dr. Harbeck & Stieber GmbH & Co. KG) und dem Mieter (Sparkasse Fürstenfeldbruck, Zweigstelle Puchheim) im Geldautomatenraum der Sparkasse Fürstenfeldbruck in der Allinger Str. 1 (Bogenhaus). Ebenso soll untersucht werden, ob für die Stadt weitere Standorte für Defibrillatoren im Außenbereich im nördlichen Stadtteil in Frage kommen. Die Stadt Puchheim veranlasst eine ausreichende Etikettierung und die Bereitstellung von Informationsmaterial.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

### **TOP 13 Vergabe des Auftrags zur Errichtung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge**

---

Stadtrat Pürkner erachtete die Beschlussvorlage als nicht ausreichend, da sich aus dieser nicht ergebe wo die sechs Ladesäulen hinkommen sollten, wie diese finanziert würden und wie die Stromentnahme erfolgen werde. Dies sei bei einer Summe von 120.000,00 Euro nicht akzeptabel. Herr Heitmeir verwies diesbezüglich auf die Ursprungsbeschlussfassung zur Vergabe. Stadtrat Pürkner bat darum auf entsprechende Beschlüsse in den Vorlagen zu verweisen. Der Vorsitzende zählte die geplanten Standorte der sechs Ladesäulen auf und informierte über den diskriminierungsfreien Aufladungsvorgang mit beliebiger Karte. Herr Heitmeir führte aus, dass derzeit technisch nur eine Abrechnung nach Zeit möglich sei, sobald eine Abrechnung nach Kilowatt möglich sein werde, sei man verpflichtet diese umzusetzen. Ob man einen kostendeckenden Beitrag verlange, müsse noch berechnet und entschieden werden. Stadtrat Pürkner zweifelte an der Zukunft der Technologie von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen. Diese sei, insbesondere hinsichtlich mangels einer Untersuchung von anderer möglicher Alternativen wie dem Wasserstoffbetrieb oder anderen Elektrobetriebsmöglichkeiten, zu wenig durchdacht. Stadträtin Fruhner-Weiß erfragte, ob die Förderung garantiert sei und wie hoch diese sei. Der Vorsitzende antwortete, dass sicher ein Betrag von 33.733,00 Euro gefördert werde.

#### **Beschluss**

---

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Auftrags zur Errichtung von 6 PKW-Ladesäulen im Stadtgebiet Puchheim an die KommEnergie GmbH, Hauptplatz 4, 82223 Eichenau, zum Bruttopreis von 117.588,47 Euro.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

### **TOP 14 Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein hier: Vergabe Landschaftsbauarbeiten**

---

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

#### **Beschluss**

---

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Gewerks Landschaftsbauarbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter, der Firma Deutschmann Garten- und Landschaftsbau GmbH, Lochhausenerstr. 201, 81249 München,

zum Bruttopreis von 287.146,05 €, zu

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

## **TOP 15      Mitteilungen und Anfragen**

---

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt.

Stadträtin Kamleiter bat darum die Aufgaben der Referate genauer zu definieren und die Referenten bei entsprechenden städtischen Veranstaltungen miteinzubeziehen.

Der Vorsitzende erläuterte, dass sich die Referenten in dem Umfang einbringen sollten, in dem sie das für notwendig erachten. Stadträtin Kamleiter merkte an, dass sie als Wirtschaftsreferentin nicht am Volksfest beteiligt worden sei. Der Vorsitzende erwiderte, dass es Aufgabe jedes Referenten sei, sich einzubringen und positive konstruktive Beiträge zu erbringen. Stadtrat Hoiß fragte welche Bedeutung der „Gedenkstein“ an der Ecke Gröbenzeller Straße/ Michl- Ehbauer - Ring habe. Der Vorsitzende antwortete, die Verwaltung versuche dies gerade zu klären. Stadtrat Dr. Koch erkundigte sich nach ersten Erfahrungsberichten nach Zuordnung der Stadt zur Polizei Germering. Die Polizeipräsenz nachts am Bahnhof sei nicht größer geworden.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 22:27 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl  
Erster Bürgermeister

Katharina Bock